

Beschluss Weil Zukunft vor Ort beginnt - Für starke ländliche Räume in Baden-Württemberg

Gremium: 41. Landesdelegiertenkonferenz in Donaueschingen
Beschlussdatum: 25.09.2022
Tagesordnungspunkt: ORT Weil Zukunft vor Ort beginnt - Für starke ländliche Räume in Baden-Württemberg

1 Weil Zukunft vor Ort beginnt - Für starke 2 ländliche Räume in Baden-Württemberg

3 Weil wir hier zuhause sind

4 Baden-Württemberg - das sind nicht nur die großen Städte, sondern auch die
5 starken, vielfältigen und lebenswerten ländlichen Räume. Sie machen rund 70%
6 unseres Landes aus und mehr als ein Drittel der Baden-Württemberger*innen ist in
7 ihnen zuhause. Die einzigartigen Kulturlandschaften in den ländlichen Räumen
8 Baden-Württembergs, die Biosphärengebiete und der Nationalpark sind nicht nur
9 Quelle einer großen Naturverbundenheit der Menschen im Land, sondern auch
10 beliebter Erholungs- und Urlaubsraum und Heimat für unzählige Pflanzen- und
11 Tierarten. Gleichzeitig sind die ländlichen Räume mit ihren berühmten Hidden
12 Champions auch Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft. Die Baden-
13 Württemberger*innen leben daher nicht nur wegen der Nähe zur Natur, der
14 Landschaft und der dörflichen Gemeinschaft gerne in den ländlichen Räumen, auch
15 Infrastruktur und Daseinsvorsorge sind hier vergleichsweise gut entwickelt.
16 Diese zu erhalten und auszubauen ist die große politische Aufgabe der nächsten
17 Jahre. Auch das gesellschaftliche Klima in den ländlichen Räumen, das von einer
18 tradierten Kultur des guten Miteinanders lebt - Vereinsleben und Ehrenamt sind
19 aus dem Alltag in den Gemeinden nicht wegzudenken - steht vor Umbrüchen, die
20 politische Gestaltung erfordern.

21 Die ländlichen Räume spielen eine herausgehobene Rolle bei der
22 gesamtgesellschaftlichen Bewältigung der Klimakrise: Die künftige Stromerzeugung
23 und Energiebereitstellung aus Biomasse, Wind, Sonne, Wasser oder Erdwärme wird
24 die ländlichen Räume durch Arbeitsplätze und zusätzliche Wertschöpfung weiter
25 stärken.

26 Eine zukunfts feste Entwicklung der ländlichen Räume war und ist für uns Grüne
27 eine besondere Herzensangelegenheit. Bereits seit den Anfängen unserer Partei
28 waren wir Grüne hier kommunalpolitisch verankert. Unzählige Grüne sind vor Ort
29 ehrenamtlich tätig und stärken so das soziale Gefüge der ländlichen Räume. Diese
30 Stärke nutzen wir auch in Zukunft aktiv, um beste Lösungen für die Interessen,
31 Bedürfnisse und Sorgen in den ländlichen Räumen zu finden.

32 Für Klimaschutz und ein gutes Leben im ganzen Land, für gleichwertige
33 Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land, haben wir Grüne zusammen mit
34 der von uns geführten Landesregierung in Baden-Württemberg bereits viel getan
35 und viel erreicht – darauf sind wir stolz. Nun ist es unsere Aufgabe, die hohe
36 Lebensqualität der ländlichen Räume zu sichern und zu stärken. Dafür müssen wir
37 nachhaltige Antworten auf die zentralen Herausforderungen liefern, vor denen
38 auch die ländlichen Räume durch den zunehmenden Fachkräftemangel, den

39 demographischen Wandel, die Auswirkungen der Klimakrise und die Anforderungen
40 der Digitalisierung stehen.

41 Damit dieser Wandel gelingt, damit die ländlichen Räume ihre Potenziale
42 ausschöpfen können, gestalten wir sie im Miteinander. Wir wollen, dass sich alle
43 Menschen, unabhängig von ihrem Alter, ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrem
44 Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihrer Lebenssituation
45 in den ländlichen Räumen wohlfühlen. Gemeinsam anzupacken, ist eine Stärke
46 ländlicher Räume, die in die Zukunft trägt und die uns zuversichtlich stimmt,
47 dass sich Baden-Württemberg auch in den kommenden Jahrzehnten durch starke
48 ländliche Räume auszeichnet: mit Innovationskraft und wirtschaftlicher Stärke,
49 mit Wohlstand und attraktiven Arbeitsplätzen vor Ort, mit Vielfalt und einem
50 guten gesellschaftlichen Miteinander und mit dem Erhalt von Natur und
51 Artenvielfalt im Einklang mit Klimaschutz und Landwirtschaft.

52 Weil Zukunft starke Wurzeln braucht

53 Bereits seit 2011 haben wir eine Vielzahl an Programmen aufgelegt, um den
54 Zusammenhalt in den ländlichen Räumen zu unterstützen. Wir haben dafür das
55 Fördervolumen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR), des wichtigsten
56 Förderinstruments für Kommunen in den ländlichen Räumen, verdoppelt.

57 Zur Stärkung der Daseinsvorsorge steigern wir die Attraktivität des Berufsbilds
58 Landärzt*in, beispielsweise über medizinische Versorgungszentren. Ein
59 flächendeckend gutes Bildungsangebot sichern wir durch die regionale
60 Schulentwicklung. Mit dem ELR unterstützen wir den Aus- und Aufbau lebendiger
61 Ortszentren. Herausforderungen wie der demographische Wandel, der in den
62 ländlichen Räumen schneller voranschreitet, machen es notwendig, unsere
63 Programme weiterzuentwickeln. Sie sollen auch künftig den Zusammenhalt und die
64 hohe Lebensqualität in ländlichen Räumen sichern und die im Grundgesetz
65 festgeschriebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bewahren.

66 Daseinsvorsorge: Wir wollen beste Infrastruktur

67 Die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bedeutet für uns, dass in
68 den ländlichen Räumen wohnortnah eine gute Versorgung mit lebensnotwendigen
69 Gütern und Dienstleistungen besteht. Wir setzen uns für die Einführung einer
70 neuen Gemeinschaftsaufgabe ein, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen und
71 geplant wird: Ein Bund-Länder-Programm „Gemeinschaftsaufgabe regionale
72 Daseinsvorsorge“ soll eine Grundsicherung für Kommunen im Bereich Mobilität,
73 Digitalisierung und Gesundheitsversorgung umfassen.

74
75 Für eine gute Lebensqualität in den ländlichen Räumen und damit ländliche Räume
76 nicht zu "Schlafräumen" werden, ist es geboten, die ländlichen Räume aktiv mit
77 exzellenter Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu gestalten statt nur zu
78 verwalten. Gleichzeitig wird es nach wie vor Elemente der Daseinsvorsorge und
79 Dienstleistungen geben, die in guter Qualität nur in großen Städten angeboten
80 werden können. Es ist zentral, dass diese Angebote für die Menschen in den
81 ländlichen Räumen durch ein weiter verbessertes ÖPNV-Angebot auch ohne eigenes
82 Kfz erreichbar sind.

83 Homeoffice, flexible Arbeitsplätze und Videokonferenzen statt hunderte
84 Wegekilometer für ein einziges Meeting: In der Corona-Krise haben wir die
85 Chancen der Digitalisierung für unsere Arbeitswelt erkannt. Wohnen und flexibles
86 Arbeiten lässt sich auch in ländlichen Räumen gut vereinbaren. Die Einrichtung
87 von Coworking-Spaces und Innovation Hubs fördert das flexible Arbeiten vor Ort
88 zusätzlich und bietet besonders jungen Menschen attraktive Arbeitsbedingungen.
89 Wir wollen das große Potenzial heben, das diese Entwicklung für die Zukunft der
90 Arbeit in ländlichen Räumen birgt.

91 In Bund und Land verstehen wir den Breitbandausbau als eine wesentliche Aufgabe
92 der Daseinsvorsorge und wollen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2025
93 flächendeckend gigabitfähige Netze realisieren. Wir machen die regionale
94 Gesundheitsversorgung zukunftssicher. Dafür setzen wir auf allgemeine
95 Versorgungszentren, Gemeinschaftspraxen, telemedizinische Notdienste und mobile
96 Angebote der Gesundheitsversorgung. Wir führen das Aktionsprogramm Landärzte
97 fort und erweitern das Stipendienprogramm zur Gewinnung Medizinstudierender für
98 die ländlichen Räume. Eine sichere, wohnortnahe Versorgung von Gebärenden,
99 Schwangeren und Neugeborenen ist uns ein wichtiges Anliegen. Deshalb schaffen
100 wir ausreichende Kapazitäten in der Gynäkologie, bei Hebammen, Kreißsälen und
101 Geburtshäusern und fördern attraktive Arbeitsbedingungen von Hebammen. Ungewollt
102 Schwangere benötigen auch in ländlichen Räumen schnelle fachliche Informationen
103 und Beratung sowie einen gesicherten Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch.

104 Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für ein unbeschwertes Leben in Freiheit.
105 Wir wollen in ländlichen Räumen die Notfallversorgung durch
106 Blaulichtorganisationen stärken, indem wir die Personalausstattung verbessern,
107 mehr Frauen und mehr Menschen mit internationalen Wurzeln für das Ehrenamt
108 gewinnen, die dort unterrepräsentiert sind, und so die Wegzeiten verkürzen.
109 Sicherheit ist für uns auch Prävention. Wir investieren in Stellen für die
110 Jugend- und Sozialarbeit sowie in 24-Stunden-Gewaltambulanzen. Wir werden
111 Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie Beratungsstellen für Opfer von häuslicher
112 und sexualisierter Gewalt flächendeckend ausbauen und finanziell gut ausstatten.
113 Ziel der stärkeren Förderung ist ein flächendeckendes Netz aus Frauenhäusern.

114 Wir wollen die Wasserversorgung und die Abfallentsorgung auch in kleineren
115 Kommunen sicher und bezahlbar halten. Dafür fördern wir die Erarbeitung
116 regionaler Wasserversorgungskonzepte, setzen den Masterplan Wasserversorgung um
117 und unterstützen die interkommunale Zusammenarbeit, eine Besonderheit unserer
118 ländlichen Räume. Der Fachkräftemangel wirkt sich auch auf die
119 Kommunalverwaltungen aus. Vertiefte Kooperationen in Verwaltungsverbänden zur
120 Leistungssteigerung der Kommunalverwaltungen wollen wir ebenso stärken und
121 fördern wie auch Kleinstgemeinden bei der Fusion unterstützen. Die letzte
122 Gebietsreform in Baden-Württemberg liegt mittlerweile fast 50 Jahre zurück. Seit
123 den 1970er Jahren hat sich unser Land jedoch stark verändert und entwickelt,
124 daher ist es an der Zeit, über eine neue "Fusions- und Kooperationsrunde"
125 nachzudenken, um den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft gewachsen zu
126 sein. Gebietsreformen sind in der Vergangenheit häufig mit Konflikten
127 einhergegangen, denn neben rein verwaltungstechnischen Erwägungen sind die
128 kulturellen Zugehörigkeiten der Bürger*innen und Bürger teils nicht ausreichend
129 im Fokus gewesen. Diese Fehler wollen wir nicht wiederholen und stattdessen
130 gemeinsam mit den Menschen und im Sinne der Politik des Gehörtwerdens vorgehen.
131 Die Fehler früherer Fusionsphasen, die teilweise bis heute zu Frustrationen
132 durch Verluste politischer und gesellschaftlicher Teilhabe geführt haben, werden

133 wir vermeiden und durch geeignete Mechanismen Einschränkungen subsidiärer
134 Strukturen und die damit oft verbundene Wahrnehmung abnehmender
135 gesellschaftlicher Selbstwirksamkeit vermeiden.

136 Baden-Württemberg ist ein vielfältiges Land. In ländlichen Räumen wollen wir
137 daher ebenso wie in den Städten queere Netzwerkarbeit weiterentwickeln, ortsnahe
138 Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche und Erwachsene schaffen
139 sowie ergänzende Online-Beratungen etablieren. Bei der Entwicklung von
140 kommunalen Angeboten zum Schutz und zur Stärkung queeren Lebens ist das Netzwerk
141 LSBTTIQ Baden-Württemberg eine kompetente und wichtige Ansprechstelle für die
142 Kommunen im Land.

143 Bildung: Wir kümmern uns um mehr pädagogische Fachkräfte für
144 wohnortnahe beste Bildung

145 Um gerechten Zugang zu Bildung zu ermöglichen, sollen alle Schüler*innen an
146 Schulstandorten mit hoher Qualität lernen und wohnortnah den Abschluss machen
147 können, den sie anstreben. Dafür haben wir die regionale Schulentwicklung
148 eingeführt. Wir wollen die Schullandschaft in den ländlichen Räumen zukunftsfest
149 machen. Dafür halten wir in der Grundschule am Prinzip „kurze Beine – kurze
150 Wege“ fest und fördern regionale Verbünde und freiwillige Zusammenschlüsse. Wir
151 schaffen weitere gymnasiale Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, schaffen durch
152 digitale Angebote mehr Wahl- und Vertiefungsmöglichkeiten und verbessern
153 Angebote für Schüler*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen. Eine
154 Verwirklichung des Rechts auf wohnortnahe Beschulung ist insbesondere im
155 ländlichen Raum für schulische Inklusionsbemühungen essentiell. Durch die
156 sonderpädagogische Kompetenzerweiterung an Regelschulen bauen wir aktiv
157 Barrieren ab, die Kindern mit diagnostiziertem Förderbedarf bisher verbieten, in
158 ihrem unmittelbaren Umfeld zur Schule zu gehen.

159
160 Schwimmunterricht ist Bestandteil der Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen.
161 Da viele Lehrschwimmbecken aus den 1970er-Jahren inzwischen marode sind, gibt es
162 vielerorts nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, Schwimmunterricht
163 durchzuführen. Wir brauchen daher ein Förderprogramm für den Bau von
164 Schwimmbädern und vor allem Lehrschwimmbecken im Rahmen der öffentlichen
165 Daseinsvorsorge, um nicht eine Generation von Nichtschwimmer*innen zu riskieren.

166 Der Personalmangel ist eine Herausforderung für eine sichere
167 Unterrichtsversorgung. Kurzfristig wollen wir zusätzliches Personal durch die
168 Öffnung des Direkteinstiegs für weitere Lehrämter gewinnen. Wir möchten Schulen
169 einen Teil der ungenutzten Finanzmittel aus unbesetzten Planstellen als
170 selbstverwaltetes Schulbudget zur Verfügung stellen, um Unterstützung durch
171 pädagogische Assistent*innen sowie Kooperationen mit außerschulischen
172 Akteur*innen zu finanzieren. Um mehr Lehrkräfte für die ländlichen Räume zu
173 gewinnen, halten wir am vorgezogenen Einstellungsverfahren für Bedarfsregionen
174 fest.

175 Wir fördern die Verankerung der Schulen im Ort. Netzwerke zwischen
176 Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe und Kommunen ermöglichen es, Kinder und
177 Familien zu begleiten. Wir unterstützen die Entwicklung von Kinder- und
178 Familienzentren. Wir wollen außerschulische Bildungsangebote nutzen, um ein an

179 hohen Qualitätsstandards orientiertes wohnortnahes Ganztagsangebot zu
180 ermöglichen.

181 Im frühkindlichen Bereich mangelt es auch in ländlichen Räumen an
182 Betreuungsplätzen – besonders bei Krippenplätzen und der Ganztagesbetreuung. Wir
183 wollen Betreuungsangebote bedarfsorientiert ausbauen und auch die
184 Kindertagespflege als 2. Säule stärken. Voraussetzung ist, mehr Fachkräfte für
185 die frühkindliche Bildung zu gewinnen. Deshalb bauen wir die praxisintegrierte
186 Ausbildung aus und schaffen mit einem sinnvoll erweiterten Fachkräftecatalog
187 attraktive Perspektiven für multiprofessionelle Teams in
188 Kindertageseinrichtungen.

189 Lebenslanges Lernen ist mehr denn je der Schlüssel zur Sicherung von
190 Beschäftigungsfähigkeit, zur Stärkung unserer demokratisch verfassten Strukturen
191 und zur vollumfänglichen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Auch in den
192 ländlichen Räumen braucht es dafür flächendeckende, wohnortnahe und
193 niederschwellige Weiterbildungsangebote: klassisch analog und zunehmend digital.
194 Die Volkshochschulen und die kirchlichen Weiterbildungsträger werden wir bei
195 dieser Transformation weiterhin verlässlich unterstützen.

196 Wohnen und miteinander leben

197 Leben und wohnen in der Natur und nicht so teuer wie in den Zentren – auch dafür
198 stehen die ländlichen Räume in Baden-Württemberg. Nicht nur die Räume selbst,
199 sondern auch die Anforderungen der Gesellschaft an das Leben in ihnen entwickeln
200 sich dynamisch. Mit dem großen Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse gestalten
201 wir Grüne den Wandel.

202 Viele ländliche Regionen in Baden-Württemberg bieten Arbeitsplätze für junge
203 Fachkräfte. Junge Menschen, die für einen Job kurze Zeit in eine Region kommen,
204 haben andere Anforderungen an Wohnraum als junge Familien oder ältere Menschen,
205 die sich hin zu neuen Wohnbedürfnissen im Alter verändern wollen oder müssen.
206 Insbesondere für Auszubildende, die beispielsweise in überregionalen
207 Berufsschulen lernen, bauen wir die Übernachtungsmöglichkeiten und ÖPNV-
208 Anbindung der Schulen gemeinsam mit den Kommunen aus. Für die Attraktivität der
209 Orte ist daher wichtig, dass es ein gemischtes Angebot von erschwinglichen
210 Mietwohnungen gibt. Darum fördert das Land mit dem ELR gerade in den Ortszentren
211 den Umbau für gute Lebensqualität und auch für vielfältiges und
212 Mehrgenerationen-Wohnen. Mit der Fortsetzung des Modellprojekts „Ortsmitten -
213 gemeinsam barrierefrei und lebenswert gestalten“ unterstützen wir Kommunen bei
214 der Planung attraktiver, verkehrsberuhigter Ortsmitten. Wir achten darauf, dass
215 der Bereich “Wohnen” wichtiger Bestandteil des Entwicklungsprogramms Ländlicher
216 Raum bleibt.

217 Auch in manchen ländlichen Räumen ist die Wohnungslage zunehmend angespannt. Für
218 uns gilt: Kein Ort ist zu klein für sozial gebundene Wohnungen. Wir gestalten
219 die Mietwohnraumförderung für ländliche Räume hoch attraktiv und flexibel. Zum
220 Beispiel dadurch, dass Kommunen selbst sozial gebundene Wohnungen mit Landesgeld
221 errichten oder neu binden können und nicht nur Unternehmen. Oder durch die neue
222 Unterstützung für sozial gebundene Werkwohnungen, die auch in den ländlichen
223 Räumen entstehen sollen. Dadurch eröffnet sich beispielsweise für unsere vielen
224 Kreiskliniken die Chance, Wohnraum für Mitarbeitende zu schaffen.

225 Kein Mensch ist eine Insel - und sollte auch nicht so leben müssen. In
226 ländlichen Räumen schaffen und erhalten aktive Bürger*innen und die öffentliche
227 Hand lebendige Quartiere. Ein Fokus liegt dabei sowohl auf dem altersgerechten
228 Umbau – physisch durch mehr Barrierefreiheit und sozial durch Netzwerke – als
229 auch auf jungen Wohnformen. Wir unterstützen das Bemühen von Städten und
230 Gemeinden, das Qualitätssiegel "Age-friendly-cities-and-communities
231 (altersfreundliche Städte und Gemeinden) der Weltgesundheitsorganisation WHO zu
232 erlangen. Wir sorgen dafür, dass das Land mit den Programmen Quartier 2030 und
233 Soziale Integration im Quartier (SIQ) politikfeldübergreifend so fördert, dass
234 es auf die Bedürfnisse der ländlichen Räume mit kleineren Quartieren passt und
235 zugleich der Bund den barrierefreien Umbau über die KfW weiter unterstützt. Wir
236 wollen Mehrfunktionshäuser und vielfältige Orte schaffen, die Menschen
237 gemeinschaftlich nutzen können – seien es attraktive Ortskerne mit belebten
238 öffentlichen Plätzen, Buchläden, Cafés, Läden, Wirtshäusern, liebevoll
239 restaurierten Wohnmöglichkeiten und modernen Coworking-Spaces.

240 Vereine, Engagement und Kultur

241 In Baden-Württemberg gibt es eine lebendige Bürger*innen-Gesellschaft. Fast die
242 Hälfte der Menschen in unserem Land engagiert sich ehrenamtlich. Ob im Fußball-
243 oder Musikverein, im Laientheater, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in
244 Bürgerinitiativen, Gemeinderäten, Religionsgemeinschaften oder Gewerkschaften –
245 das ehrenamtliche Engagement stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und
246 schafft lokale Teilhabemöglichkeiten. Für ehrenamtlich Aktive ist es oftmals
247 schwer, alle an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen und ein Ehrenamt in
248 Einklang mit einem fordernden Berufsleben zu bringen. Wir wollen noch mehr
249 Menschen ermöglichen, ehrenamtlich aktiv zu werden. Deshalb verbessern wir die
250 Rahmenbedingungen für Engagement und unterstützen die Vereine: sei es durch eine
251 höhere Ehrenamtszuschale, Benennung von kommunalen Ansprechpersonen für das
252 Ehrenamt oder die Fortführung der „Engagementstrategie“ des Landes.

253 Kultur verbindet Menschen. In ihr finden Jung und Alt, Neubürger*innen und
254 Alteingesessene zusammen. Ein vielfältiges kulturelles Angebot macht Orte für
255 viele Menschen attraktiver, um dort zu leben und ihre Kinder großzuziehen.
256 Musikvereine sorgen für musikalische Ausbildung und Theatergruppen für beste
257 Unterhaltung. In Baden-Württemberg gibt es ein breites Kulturangebot mit über
258 9.000 Kulturvereinen. Sie pflegen Traditionen und erfüllen sie mit neuem Leben.
259 Weil uns Grünen diese zentrale Bedeutung der Kultur bewusst ist, haben wir seit
260 2011 die Mittel, die für Kultur zur Verfügung stehen, um über 40 % erhöht.
261 Gleichzeitig braucht es professionelle Strukturen für ein vielfältiges und
262 lebendiges kulturelles Angebot. Um diese zu schaffen, haben wir das Programm
263 „Regional*managerin Kultur“ aufgesetzt. Wir wollen der Kultur auch in ländlichen
264 Räumen ausreichend Räume und Möglichkeiten zur Entfaltung bieten. Dafür stärken
265 wir das Landesförderprogramm „FreiRäume“.

266 Politische Teilhabe: Jede*r darf mitmachen!

267 Das Leben auf dem Land ist ein anderes als in den urbanen Räumen: Allein durch
268 die höhere Bevölkerungsdichte in den Städten lassen sich viele Vorhaben, wie
269 bspw. der Ausbau des Nahverkehrs oder auch Angebote der Daseinsvorsorge leichter
270 umsetzen. Wir wissen um diese Herausforderung und wollen sie gemeinsam mit den

271 Menschen angehen, denn nicht jedes Vorhaben, das in urbanen Räumen sinnvoll ist,
272 passt in selber Weise auch in die ländlichen Räume. Für uns sind die Menschen
273 vor Ort, die in den ländlichen Räumen leben und arbeiten, daher die Expert*innen
274 mit denen wir gemeinsam die besten Lösungen finden und umsetzen wollen.
275 Die Gemeinden kennen die Potentiale und Herausforderungen vor Ort am besten. Mit
276 Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs statten wir die Kommunen
277 mit Mitteln aus, um auch jenseits der zu erfüllenden Pflichtaufgaben gestalten
278 zu können. Wir wollen auch kleinen Kommunen gute Bedingungen für eine
279 Profilschärfung und wirtschaftliche Entwicklung bieten und werden die
280 Beantragung von Förderprogrammen vereinfachen. Um für die Menschen vor Ort noch
281 mehr zu erreichen, ist es außerdem wichtig, die Potenziale der interkommunalen
282 Zusammenarbeit voll auszuschöpfen.

283 Wir stärken die aktive Beteiligung der Bürger*innen durch transparente und
284 zugängliche Beteiligungsverfahren vor Ort und machen Selbstwirksamkeit
285 erfahrbar. Die Pandemie hat die Entwicklung im digitalen Bereich angeschoben,
286 jetzt wollen wir konsequent weiter digitale Teilhabe ermöglichen:
287 Gremiensitzungen in den Rathäusern und Kreistagen sollen digital übertragen
288 werden, mit Rede- und Stimmrecht auch für online teilnehmende
289 Gremiumsmitglieder. So können wir einen Beitrag leisten für die Vereinbarkeit
290 von Ehrenamt, Familie und Beruf und gleichzeitig die lokale Politik in die
291 Wohnzimmer bringen. Menschen mit Behinderungen sollen die Unterstützung
292 erhalten, die sie zur Ausübung ihres Mandats benötigen. Die politische
293 Beteiligung von Jugendlichen und Kindern fördert unsere Demokratie nachhaltig.
294 Politik und Verwaltung müssen jungen Menschen und ihren Anliegen auf Augenhöhe
295 begegnen. Wir unterstützen es, wenn Verwaltungen kommunale Ansprechpersonen für
296 Jugendliche benennen und Vertreter*innen der Jugendgemeinderäte ständiges
297 Rederecht in den Gemeinderäten haben. Auch Stadt- und Kreisjugendringe sowie
298 Jugendkonferenzen auf Kreisebene tragen zur Einbindung bei. Wir möchten mehr
299 Mädchen sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund und unterschiedlichen
300 Bildungsbiografien für diese Gremien gewinnen und eine bessere Erreichbarkeit
301 auch für Jugendliche aus peripheren Ortschaften sicherstellen.

302 Durch eine dialogische Bürgerbeteiligung in Bürgerforen mit zufällig
303 ausgewählten Bürger*innen machen wir die Politik des Gehörtwerdens für Menschen
304 aus ganz Baden-Württemberg erlebbar. Vergleichbar zum begleitenden
305 Bürger*innenforum zur Arbeit der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
306 streben wir zu wichtigen Gesetzesentwürfen Bürger*innenforen an.

307 Weil hier die Wirtschaft von morgen entsteht

308 Die ländlichen Räume sind mit ihren fest verankerten mittelständischen und
309 Kleinunternehmen ein wirtschaftliches Kraftzentrum in Baden-Württemberg. Unsere
310 Weltmarktführer und Traditionsunternehmen in den ländlichen Räumen tragen mehr
311 als ein Viertel zur Bruttowertschöpfung des Landes bei und bieten Arbeitsplätze
312 und Aufstiegschancen vor Ort. Sie sind außerdem ein wichtiger Innovationstreiber
313 - häufig auch für innovative und nachhaltige Technologien - und Grundstein für
314 die wirtschaftliche Dynamik in den ländlichen Räumen.

315 Es gibt bereits eine Vielzahl an Programmen, um die Innovationskraft in den
316 ländlichen Räumen voranzutreiben, wie zum Beispiel das Innovationsförderprogramm
317 Spitze auf dem Land! Technologieführer für Baden-Württemberg, das Programm

318 RegioWIN, die Tourismusförderung, den Breitbandausbau oder die Strategie zur
319 Fachkräftegewinnung. Darüber hinaus sorgen wir für Unterstützung bei
320 grundlegenden Standortfaktoren wie Verkehrs- und digitaler Infrastruktur.

321 Mit dem Krieg in der Ukraine und den Auswirkungen der Pandemie hat sich außerdem
322 die gesamtwirtschaftliche Ausgangslage geändert. Energiepreisschocks und
323 zerrüttete Lieferketten gefährden die wirtschaftliche Stabilität vieler
324 Unternehmen, wie auch die sich abschwächende Konjunktur, die Inflation und die
325 anstehende Zinswende im Euroraum. Um Innovationskraft der Wirtschaft in den
326 ländlichen Räumen aufrechtzuerhalten und gegen Zukunftsrisiken abzusichern, sind
327 deshalb weitere Anstrengungen nötig.

328 Digitalisierung

329 Die Digitalisierung bietet insbesondere in den ländlichen Räumen zahlreiche
330 Entwicklungschancen. So können digitale Lösungen etwa den örtlichen Einzelhandel
331 sowie die Nahversorgung stärken und viele Wege überflüssig machen. Eine
332 flächendeckend gute digitale Infrastruktur ist außerdem Grundvoraussetzung für
333 den Erhalt der ländlichen Räume als attraktive Unternehmensstandorte. Zugleich
334 birgt die Digitalisierung aber Herausforderungen: Digitale Prozesse erzeugen
335 häufig Druck auf die lokale Infrastruktur und je weiter der Weg, desto
336 attraktiver wirken Onlineangebote. Deshalb unterstützen wir Grüne den
337 Einzelhandel beim Aufbau lokaler und regionaler digitaler Plattformen und
338 innovativer Transportangebote, um nachhaltige und regionale Produkte über
339 zusätzliche Absatzkanäle zu vertreiben und einen Beitrag zur Zukunftssicherung
340 lokaler Anbieter zu leisten. Zudem wollen wir Kommunen bei der Digitalisierung
341 unterstützen. Aus unserer Sicht ist die Digitalisierung zwar eine wichtige
342 Möglichkeit, allerdings keine alleinige Lösung, um die Daseinsvorsorge in den
343 ländlichen Räumen zu verbessern. Als Beispiel: Telemedizin eignet sich für
344 Nachuntersuchungen oder einfache Diagnosen, sie kann aber nicht die persönliche
345 ärztliche Behandlung an sich ersetzen - die weitere Förderung der Niederlassung
346 von Landärzten bleibt unabdingbar.

347 Inhaber*innengeführte Unternehmen stärken

348 Funktionierende Kommunen mit bedarfsgerechten Dienstleistungen und
349 Einzelhandelsangeboten sind wichtige Standortfaktoren, um qualifizierte und
350 motivierte Mitarbeiter*innen in die ländlichen Räume zu holen und dort zu
351 halten. Dabei kann auch die Bedarfserhebung und darauf aufbauende Stärkung von
352 Angeboten über Gemeindegrenzen hinweg einen großen Mehrwert bieten. Wir Grüne
353 setzen uns mit innovationsfördernden Anreizen dafür ein, Ortszentren und die
354 lokale Handelsstruktur zu stärken sowie das lokale Handwerk mit seiner zentralen
355 Rolle für Wirtschaftskraft, Ausbildung und Innovationssystem zu unterstützen.
356 Dazu gehört etwa die Digitalisierungsprämie, die Unternehmen jeder Größe in
357 Anspruch nehmen können und die besonders Kleinstunternehmen und Einzelhandel bei
358 unterschiedlichsten Digitalisierungsvorhaben voranbringt, sowie das Projekt
359 Handel 2030, in dessen Rahmen beispielsweise Intensivberatungen für
360 Einzelhandelsunternehmen gefördert werden. Damit die Mittel für
361 Digitalisierungs- und KI-Förderprogramme trotz der hohen Nachfrage weiterhin
362 effizient vergeben werden können, ist es wichtig, darauf zu achten, dass keine
363 Doppelförderungen entstehen.

364 Zur Stärkung der Ortszentren fördern wir Innenstadtberater*innen, die gemeinsam
365 mit den lokalen Handels-Akteuren Zukunftskonzepte entwickeln. Für den Neustart
366 nach den Herausforderungen der Corona-Pandemie haben wir außerdem das
367 Sofortprogramm Einzelhandel/Innenstadt aufgelegt.

368 Ein wichtiger Baustein einer nachhaltigen Wirtschaft sind gemeinwohlorientierte,
369 soziale und genossenschaftliche Geschäftsmodelle. Wir setzen uns deshalb dafür
370 ein, dass diese Geschäftsmodelle bei der Vergabe kommunaler Grundstücke
371 besonders berücksichtigt werden.

372 Um die Innovationskraft und Anpassungsfähigkeit von kleinen und mittleren
373 Unternehmen zu stärken, müssen bürokratische Hürden gesenkt werden. Deshalb
374 wollen wir Verfahren durch vereinfachte Berichtspflichten verbessern. Formulare
375 und Bescheide, aber auch Rechtsvorschriften, müssen für Unternehmen ohne eigene
376 Rechtsabteilung verständlich sein. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der
377 Digitalisierung der Verwaltung.

378 Gründer*innen- und Startup-Förderung: Wir fördern das
379 "Notebook im Grünen"

380 Startups sind der Mittelstand von morgen und Innovationsmotoren gegen die
381 Klimakrise. Dem Deutschen Startup-Verband zufolge hat jeder dritte Startup ein
382 Grünes Geschäftsmodell. Im Vergleich zu Metropolen gibt es in den ländlichen
383 Räumen noch zu wenig Startups. Da jede Region einzigartige Kompetenzen und
384 Schwerpunkte hat, setzen wir Grüne uns für gute Gründungsbedingungen in den
385 ländlichen Räumen ein. Eine gute digitale und Versorgungsinfrastruktur sind
386 Grundvoraussetzungen, um Unternehmer*innen zur Gründung in den ländlichen Räumen
387 zu motivieren. Eine zentrale Rolle nimmt auch die gut aufgestellte
388 Hochschullandschaft ein. Zudem können Coworking-Spaces und Innovation Hubs
389 Gründungsdynamiken vor Ort unterstützen.

390 In Baden-Württemberg kann eine bessere Vernetzung von Startups und Mittelstand
391 und ein funktionierender Knowhow-Transfer gerade in strukturschwächeren Regionen
392 enormes Potenzial freisetzen. So können Startups Innovationen einbringen,
393 während mittelständische Unternehmen mit ihren Produktionskapazitäten,
394 Netzwerken und Erfahrungen unterstützen können, etwa beim Einsatz KI-basierter
395 Technologien. KMUs einen Teil der Kosten solcher Projekte zu erstatten, könnte
396 die Verzahnung von jungen und etablierten Unternehmen beschleunigen. Mit dem
397 Förderprogramm Regionale KI-Labs wird KMU außerdem ein niederschwelliger
398 Einstieg in KI-Themen ermöglicht. Das Programm Junge Innovatoren, das
399 Ausgründungen aus der Wissenschaft fördert, ist für die ländlichen Räume ein
400 großer Erfolg, da es auch von kleineren Universitäten, Hochschulstandorten in
401 ländlichen Räumen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und den Akademien
402 wahrgenommen wird. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dies auch an Berufsschulen
403 möglich zu machen, damit die Startup-Landschaft durch Gründer*innen mit
404 Ausbildungsberufen vielfältiger aufgestellt wird. Außerdem wollen wir auch
405 gezielt darauf hinwirken, dass Personengruppen, die bisher bei
406 Unternehmensgründungen unterrepräsentiert sind, in Zukunft stärker beteiligt
407 werden, wie zum Beispiel Frauen, queere Menschen oder Menschen mit
408 Migrationshintergrund. Dafür sollten Förder- und Mentoringprogramme aufgelegt
409 beziehungsweise erweitert werden. Weiterhin wollen wir dem Problem
410 unzureichender Folgefinanzierungen in Baden-Württemberg entgegenwirken. Dafür

411 legen wir einen speziellen Fonds über die Förderbank BW (L-Bank) auf, der junge
412 Unternehmen mit wettbewerbsfähigen und vorzugsweise nachhaltigen
413 Geschäftsmodellen gezielt und langfristig unterstützt und sorgen dafür, dass
414 erfolgreichen Startups auch für die Wachstumsphase ausreichend Wagniskapital zur
415 Verfügung steht.

416 Ausbildung und Fachkräftesicherung: Wir stärken kooperativ,
417 dual und dezentral

418 Die demographische Entwicklung führt auch in ländlichen Räumen zu einem
419 verstärkten Fach- und Arbeitskräftemangel und wird dadurch verschärft, dass
420 viele junge Menschen mit Beginn ihres Studiums in Hochschulstädte ziehen. Ein
421 gutes Angebot sowohl beruflicher als auch akademischer Ausbildungsmöglichkeiten
422 und eine gute Erreichbarkeitssituation ist deshalb zentral für dauerhaft
423 attraktive ländliche Räume. Um unsere Unternehmen zu stärken und jungen Menschen
424 eine berufliche Perspektive in ihrer Heimat zu bieten, setzen wir auf die duale
425 Ausbildung, stärken wichtige Zukunftsfelder wie die Digitalisierung und die
426 Energiewende und heben die Gleichrangigkeit von beruflicher und akademischer
427 Bildung hervor.

428 Wir werden eine Strategie zur Fachkräftesicherung und einem flächendeckenden
429 Bildungsangebot in ländlichen Räumen auf den Weg bringen. Hierbei setzen wir auf
430 Kooperationen aller an Ausbildung beteiligter Akteure einer Region und auf ein
431 gutes Übergangsmanagement von Schule und Beruf. Digitale Angebote,
432 überbetriebliche Ausbildungsstellen im Handwerk und die Möglichkeit der
433 Verbundausbildung können die Ausbildungslandschaft stärken. Die Entwicklung,
434 dass Berufsschulen manche Ausbildungen mangels Nachfrage nicht mehr anbieten,
435 muss gestoppt werden. Zudem setzen wir uns für eine gute Erreichbarkeit der
436 Berufsschulen auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln und eine gute Breitband-
437 Anbindung ein und nehmen die Situation des Azubi-Wohnens in den Blick. Um allen
438 jungen Menschen eine gute berufliche Perspektive zu ermöglichen, wollen wir die
439 Gebühren für berufliche Weiterbildungen im Handwerk weiter senken, führen die
440 Meister- und Übergabepremie fort und prüfen die Ausweitung dieser Maßnahmen auf
441 weitere Branchen. Darüber hinaus erhalten wir die Arbeitslosenberatungszentren
442 (ALÖZ) aufrecht und stärken das Modell Teilzeitausbildung.

443 Ein weiterer Baustein der Fachkräftesicherung ist auch die Zuwanderung. Neben
444 den rechtlichen Regelungen steht dabei vor allem die gesellschaftliche
445 Integrationsleistung im Zentrum. Hierfür bieten die ländlichen Räume mit ihren
446 ausgeprägten ehrenamtlichen Strukturen gute Voraussetzungen. Diese wollen wir
447 weiter stärken.

448 Rahmenbedingungen für Frauen und Menschen mit
449 Migrationshintergrund verbessern

450 Als Partei der Vielfalt ist es für uns besonders wichtig, Frauen, queere
451 Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationshintergrund im
452 Wirtschaftsleben zu stärken. Dafür müssen strukturelle Hürden überwunden werden.
453 Wir brauchen eine Stärkung und Ausweitung der Teilzeitausbildungsmöglichkeiten
454 in Baden-Württemberg über den sozialen Bereich hinaus. Wichtige Maßnahmen sind

455 zudem eine Änderung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes, um regionale
456 Tarifverträge sowie den vergabespezifischen Mindestlohn einzuführen.

457 Wir fördern das Landesprogramm Kontaktstellen Frau und Beruf und weitere
458 Programme zur individuellen Beratung von Frauen zu allen beruflichen Fragen, von
459 der Neuorientierung über den Wiedereinstieg bis hin zur beruflichen
460 Weiterentwicklung. Wir regen die Zusammenarbeit unterschiedlichster
461 Kooperationspartner*innen an, um wohnortnahe Einkommens- und
462 Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in ländlichen Räumen zu schaffen.

463 Wir wollen im Bereich der Landwirtschaft die Schutzmaßnahmen für saisonale
464 Fachkräfte und ausländische Pflegefachkräfte ausweiten, indem wir beispielsweise
465 bestehende Anlauf- und Beratungsstellen ausbauen und zusätzliche
466 Dolmetscher*innen einsetzen. Der Beratungsbedarf wird mit Blick auf die
467 zahlreichen Geflüchteten aus der Ukraine weiter steigen und es gilt, diese
468 Menschen, insbesondere Frauen, vor prekären Arbeitsbedingungen zu schützen.
469 Wichtig ist auch die erleichterte Anerkennung von ausländischen
470 Berufsqualifikationen. Des Weiteren liegt unsere Priorität auf der Beseitigung
471 struktureller Hindernisse, wie beispielsweise fehlende Kitaplätze oder
472 Ganztagsangebote.

473 Wir stärken Hochschulen als Innovationszentren

474 Baden-Württemberg ist das Flächenland der Innovationen. Neue Ideen und
475 Anwendungen entstehen nicht nur an wenigen Knotenpunkten: Im ganzen Land sind
476 Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Innovationsmotoren angesiedelt, rund
477 ein Viertel von ihnen liegt in ländlichen Räumen. Die Hochschulen bilden
478 Fachkräfte für die Unternehmen vor Ort aus und tragen so auch indirekt zur
479 Stärke der Wirtschaftsregion bei. Wir setzen uns für gute Rahmenbedingungen für
480 die Hochschulen und ihre Angehörigen ein, wie verlässliche Erreichbarkeit und
481 ausreichend studentischen Wohnraum.

482 Innovationszentren entstehen, wo die richtigen Akteure - wie wissenschaftliche
483 Einrichtungen, etablierte Unternehmen, Kommunen, Startups - zusammengebracht
484 werden, um gemeinsam Herausforderungen anzupacken. Kleinere und mittelständische
485 Unternehmen profitieren vom Austausch mit der Spitzenforschung - und umgekehrt.
486 Wir werden Innovationsplattformen in ländlichen Räumen weiter stärken und die
487 Zusammenarbeit von Akteuren in urbanen Zentren und ländlichen Räumen fördern.
488 Bei der Fortführung unserer Reallabore achten wir darauf, Entwicklungsaufgaben
489 aus allen Regionen in Baden-Württemberg aufzugreifen.

490 Stärkung der Kreislaufwirtschaft

491 Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft ist auf dem Weg zu einer klimaneutralen
492 Wirtschaft essenziell. Durch mehr und effizientere Wiederverwertung können wir
493 unseren Rohstoffverbrauch in Zukunft deutlich reduzieren. Unser Ziel ist dabei,
494 möglichst viele geschlossene Rohstoffkreisläufe zu errichten.

495 Wir wollen gerade in ländlichen Räumen regionale Wirtschaftskreisläufe gezielt
496 stärken und Anreize für mehr Tauschkonzepte schaffen, zum Beispiel durch Repair
497 Cafés oder Carsharing. So können wir vorhandene Ressourcen effizienter
498 einsetzen. Durch Recycling können Rohstoffkreisläufe entstehen, bei den

499 bestehende Ressourcen in die lokale Wirtschaft zurückgeführt werden. Das wollen
500 wir weiter ausbauen und auch mehr Flächen dafür zur Verfügung stellen.
501 Forschungsvorhaben zur Kreislaufwirtschaft im Hinblick auf Fertigung und
502 Konsumverhalten wollen wir stärker finanziell fördern. Das Vergaberecht soll
503 genutzt werden, um stärkere lokale Beschaffung zu ermöglichen. Hochschulen und
504 Studierendenwerke sollen nach dem Zero-Waste-Prinzip eigene Strategien für eine
505 vollständige Kreislaufwirtschaft entwickeln und umsetzen. Dafür muss ein
506 entsprechendes Förderprogramm aufgelegt werden, das auch die Bedingungen der
507 ländlichen Räume gezielt adressiert.

508 Weil Klimaschutz bewahrt, was wir lieben

509 Wir wollen die zentrale Rolle der ländlichen Räume beim Klimaschutz weiter
510 stärken und Mensch, Tiere und Natur vor den Folgen der Klimakrise bewahren. Seit
511 2011 arbeiten wir an einem konsequenten Klimaschutz. Eine der tragenden Säulen
512 der Klimaschutzes ist die Mobilitätswende. In den ländlichen Räumen, in denen
513 die Menschen täglich weite Strecken zurücklegen müssen, sind besondere
514 Kraftanstrengungen für klimaneutralen Verkehr nötig. Wichtige Meilensteine sind
515 bereits erreicht: Wir haben in den ländlichen Räumen unter anderem die
516 Regiobuslinien eingeführt, die Reaktivierung von Bahntrassen vorangetrieben,
517 Radverkehrsplaner in den Regierungspräsidien verankert, ein flächendeckendes
518 Ladenetz für Elektrofahrzeuge aufgebaut, Busse mit Elektro- oder
519 Wasserstoffantrieb gefördert und Förderprogramme für Kommunen im Bereich
520 Mobilität durch Fußgänger-Checks eingeführt. Ein deutlich verbessertes Angebot
521 an Bussen, Bahnen und Radwegen dient nicht nur dem Klimaschutz, sondern
522 verbessert die Mobilität der Menschen in den ländlichen Räumen, macht
523 Dienstleistungen, die in dünn besiedelten Bereichen nicht angeboten werden
524 können, auch ohne Kfz erreichbar und stärkt den Tourismus in den vielen
525 landschaftlich reizvollen Regionen unseres Landes. Seit der Einführung des
526 Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) der rot-grünen Bundesregierung, welches
527 erstmals im Jahr 2000 in Kraft getreten ist, sind die ländliche Räume Vorreiter
528 im Ausbau der Erneuerbaren Energien, einer weiteren wichtigen Säule des
529 Klimaschutzes.

530 Mit der Einführung der Photovoltaik-Pflicht und ambitionierter Klimaschutzziele
531 in unserem Klimaschutzgesetz sind wir bundesweit Vorreiter. Wir bringen die
532 kommunale Wärmeplanung voran und führen die Photovoltaikpflicht für Neubauten
533 und bei grundlegenden Dachsanierungen ein. Neben Klimaschutz ist es auch nötig,
534 Mensch und Natur vor den bereits erfahrbaren Konsequenzen der Klimakrise zu
535 schützen. Mit der 2021 vorgelegten Anpassungsstrategie legt die Landesregierung
536 Maßnahmen vor, um den nicht mehr vermeidbaren Folgen der Klimakrise, die auch in
537 den ländlichen Räumen zunehmend sichtbar werden, zu begegnen. Den begonnenen
538 Dialog zwischen Landwirtschaft, Naturschutz, Lebensmittelwirtschaft, Handel
539 sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern werden wir in einem Strategiedialog
540 vertiefen, um die Interessen von landwirtschaftlichen Betrieben,
541 Verarbeitungsbetrieben, Handel und Verbraucherinnen und Verbrauchern
542 auszugleichen. Weitere wichtige Wegmarken für ein funktionierendes Miteinander
543 von Landwirtschaft und Umweltschutz sind zum Beispiel das
544 Biodiversitätsstärkungsgesetz, die beständige Erhöhung des Bio-Anteils in der
545 Außerhausverpflegung in den landeseigenen Kantinen und die Einrichtung von

546 Biomusterregionen, um Akteur*innen aus Wirtschaft und Gesellschaft zu vernetzen
547 und regionale Absatzmärkte für ökologische Produkte zu stärken.

548 In Zukunft treiben wir Klima- und Naturschutz in den ländlichen Räumen noch
549 konsequenter voran. Wir wollen eine stärkere Verankerung von Klimaschutz und
550 Versorgungssicherheit im Förderprogramm Entwicklung ländlicher Raum (ELR).
551 Sämtliche Förderprogramme des Landes sollen bis zum Jahr 2035 dem Ziel der
552 Netto-Treibhausgasneutralität entsprechen. Weitere Ziele verfolgen wir auf
553 folgenden Arbeitsfeldern:

554 Ausbau erneuerbarer Energien: Wir wollen sauberen Strom,
555 Wärme, Mobilität

556 Für den Ausbau Erneuerbarer Energien spielen die ländlichen Räume eine
557 entscheidende Rolle. Aber auch in den ländlichen Räumen muss der Ausbau
558 erneuerbarer Energien beschleunigt werden: Im Oktober 2021 wurde durch den
559 Ministerrat die Einrichtung der Task Force entsprechende Maßnahmen für das ganze
560 Land getroffen. Mit der Beschleunigung des Verfahrens zum Ausbau von Windkraft
561 und Freiflächen sowie von Agri-Photovoltaik werden wir einen weiteren Baustein
562 für mehr Klimaschutz legen. Der Ausbau von Windkraftanlagen wurde durch
563 Umstellung auf ein Ausschreibungsregime im Erneuerbare-Energien-Gesetz 2018
564 deutlich gebremst. Hier haben wir noch Handlungsbedarf, um eine klimaneutrale
565 Energieversorgung sicher zu stellen und unabhängig zu werden von Gas und Öl.
566 Deshalb werden wir die Zeitdauer, die heute von der Planung über die Genehmigung
567 bis hin zur Inbetriebnahme von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien
568 vergeht, deutlich verkürzen. Die Verfahrensdauer bei Windkraft soll dabei
569 mindestens halbiert werden. Hierfür wurde das Klimaschutzgesetz um eine
570 Verpflichtung ergänzt, mindestens zwei Prozent der Landesfläche für Windenergie
571 und Freiflächen-Photovoltaik zu sichern. Zudem haben wir den Ausbau von
572 Windkraft im Staatswald forciert. Wir wollen bestehende Biogasanlagen an
573 bestehende Wärmenetze anschließen, um weitgehend geschlossene Energie-,
574 Stickstoff- und Kohlenstoffkreisläufe erreichen. Um die energetische Versorgung
575 mit erneuerbaren Energien durchgehend sicherzustellen, forcieren wir die
576 Forschung in Speichertechnologien.

577 Rückenwind erhalten wir durch unseren Vizebundeskanzler und Wirtschaftsminister
578 Robert Habeck, der mit dem Osterpaket und vor allem dem „Wind-an-Land“-Gesetz
579 den Ausbau erneuerbarer Energien wieder ins Zentrum der deutschen Energiepolitik
580 setzt. Mit dem Osterpaket werden verschiedene Energiegesetze umfassend
581 novelliert, um so den Ausbau der Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Wasser zu
582 beschleunigen und konsequent voranzutreiben. Weitere Maßnahmenpakete sind sowohl
583 auf Bundes- als auch auf Landesebene in Planung.

584 Landwirtschaft, Naturschutz, Anpassungsstrategie und
585 Klimaschutz

586 Obwohl sich die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Menschen verringert,
587 bilden landwirtschaftliche Flächen und bewirtschaftete Wälder nach wie vor den
588 Großteil unserer (Kultur-) Landschaften. Sie versorgen uns mit Lebensmitteln,
589 sauberem Wasser, mit guter Luft, Energie, Baumaterial und bieten ein
590 vielfältiges touristisches Angebot. Baden-Württemberg ist ein Land vielfältiger

591 Naturräume, die in teils einmaligen Lebensgemeinschaften eine Vielzahl von
592 Pflanzen und Tieren beherbergen. Sie gilt es, insbesondere im Angesicht der
593 Klimakrise und der Artenkrise, zu schützen und ihre zahlreichen dem Menschen
594 kostenlos zur Verfügung gestellten Leistungen zu bewahren. Damit dies so bleibt,
595 fördern wir den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft und vergüten schon heute
596 umweltschonende Wirtschaftsweisen. Entscheidend für den Schutz unserer
597 natürlichen Ressourcen ist auch die dahingehend umfassende Ausbildung künftigen
598 Fachpersonals. Schützenswerte Ökosysteme zu erkennen muss eine entscheidende
599 Kompetenz in den forst- und landwirtschaftlichen sowie biologischen
600 Studiengängen und Ausbildungen werden.

601 Kommunen brauchen jenseits der Erfüllung von Pflichtaufgaben
602 Gestaltungsspielräume, um für die Menschen vor Ort und mit ihnen Zukunft
603 gestalten zu können. Dies betrifft auch den Umgang mit vor Ort verfügbaren
604 Flächen und Ressourcen. Landwirtschaftliche Flächen dürfen zur Verhinderung von
605 Flächenversiegelung, von Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts und zur
606 Aufrechterhaltung von Biodiversität und Ernährungssicherheit nicht beliebig
607 anderen Nutzungen zugeführt werden. Der Anbau von Energiepflanzen sollte unter
608 Abwägung dieser Aspekte daher reduziert werden.

609 Die Energiewende bringt auch Herausforderungen mit sich, denen wir uns stellen
610 wollen. Ein Teil der Wertschöpfung aus der (dezentralen) Energiegewinnung von
611 landwirtschaftlich genutzten Flächen muss auch Bäuerinnen und Bauern
612 zugutekommen, die durch stetig steigende Pachtpreise drohen, Verlierer des
613 Wettbewerbs um den Boden zu werden. Ein Teil der vor Ort gewonnenen Energie
614 lässt sich direkt auf den Höfen nutzen und hilft, die hohen Energiekosten für
615 die Betriebe zu senken. Hierfür schaffen wir die notwendigen Rahmenbedingungen:
616 Unter anderem fördern wir die Kombinierte Flächennutzung durch zum Beispiel
617 Agri-Photovoltaik. Wir halten in Forschung und Praxis am Vorsorgeprinzip fest
618 und fördern gezielt Forschungsvorhaben zur Transformation der Land- und
619 Ernährungswirtschaft, im Bereich Ökolandbau und zu umweltverträglichen Konzepten
620 und Klimaanpassungsstrategien.

621 Die Landwirtschaft ist einerseits besonders stark von der Klimakrise betroffen,
622 trägt allerdings auch selbst zu seinem Fortschreiten und einigen weiteren
623 Umweltproblemen bei. Eine ökonomisch starke und ökologisch nachhaltige
624 Landwirtschaft kann es nur mit entsprechenden politischen Rahmenbedingungen und
625 einer Honorierung der für die Gesellschaft erbrachten Leistungen geben. Die
626 zahlreichen Förderprogramme im Land unterstützen die landwirtschaftlichen
627 Betriebe bereits jetzt auf dem Weg zu mehr Tierschutz und ökologischeren
628 Bewirtschaftungsformen. Wir wollen zukünftig darüber hinaus regionale
629 Lieferketten und die Vermarktung ökologisch erzeugter Lebensmittel noch stärker
630 unterstützen. Damit erhalten wir die heimische Landwirtschaft, leisten einen
631 Beitrag zu Ernährungssicherheit, Klima- und Umweltschutz und machen Baden-
632 Württemberg als Land des Genusses und attraktives touristisches Ziel erfahrbar.

633 Im Zentrum der Änderung des Landeswaldgesetzes steht die Aufnahme des neuen
634 Bewirtschaftungsgrundsatzes einer klimaadäquaten Bewirtschaftung des Waldes: Der
635 Wald und dessen Bewirtschaftung nimmt beim Klima- und Artenschutz eine zentrale
636 Rolle ein. Ein naturnah bewirtschafteter, strukturreicher Wald ist resilienter
637 gegenüber extremen Bedingungen und fungiert dadurch langfristig nicht nur als
638 ökologische, sondern auch als wirtschaftliche Versicherung. Wälder sind Habitat
639 zahlreicher Tier- und Pflanzenarten, maßgeblicher und langfristiger CO₂-Speicher

640 und wichtiger Erholungsort. Gleichzeitig sind sie eine beständige Quelle
641 nachwachsender Rohstoffe und somit wichtiger Wirtschaftsfaktor bei der
642 Entwicklung der ländlichen Räume. Im Rahmen der „Langfristigen Version für den
643 ländlichen Raum“ der EU sollen daher sowohl Unternehmertum und
644 Ausbildungsmöglichkeiten, sowie die Anpassungsstrategien an die Klimakrise
645 unterstützt werden. In einem Waldland wie Baden-Württemberg – mit einer
646 Waldbedeckung von 40 % – ist die Schlüsselwirkung des Waldes bei der Stärkung
647 der ländlichen Räume besonders groß.

648 Auch in Baden-Württemberg ist die Vulnerabilität monotoner Waldbestände
649 gegenüber der Klimakrise unübersehbar. Von der Trockenheit geschwächte Fichten
650 fallen dem Borkenkäfer flächendeckend zum Opfer und wertvolle Holzressourcen
651 gehen verloren. Die Waldstrategie für Baden-Württemberg ist ein wichtiger
652 Wegweiser für die kommenden Jahre. Im Vordergrund steht nun ein schneller und
653 umfassender Waldumbau hin zu einem arten- und strukturreichen Mischwald.
654 Entstandene Kalamitätsflächen müssen mit überwiegend heimischen Baumarten und
655 einem erhöhten Laubbaumanteil wiederbewaldet werden. Da rund ein Drittel des
656 Waldes im Land in privater Hand ist, darf dabei die Unterstützung von
657 Privatwaldbesitzern beim Waldumbau nicht vernachlässigt werden. Ein artenreicher
658 Wald ist resilienter gegenüber Störungsereignissen und schafft somit auch
659 größere Planungssicherheit für die Holzindustrie. Die Förderung von
660 klimafreundlichem Bauen durch die innovative Holzbau-Offensive ist darüber
661 hinaus ein wichtiger Schritt zu einer nachhaltigen und langfristigen Nutzung von
662 Holz. Die direkte Verfeuerung von Holz ist energetisch ineffizient und kann zu
663 einer Übernutzung der Wälder führen. Wärmeenergie von Holz zu verstromen darf
664 daher nicht als klimaneutral eingestuft werden und lediglich die private
665 Wärmenutzung aus lokalem Restholz sollte erlaubt sein. Die Nutzung von Holz muss
666 nach dem Kaskaden-Prinzip ablaufen, zunächst in langlebigen Produkten verbaut
667 werden und erst am Ende der Kette der Energiegewinnung dienen. Über den Rohstoff
668 Holz hinaus leistet ein gesunder Wald zahlreiche Dienstleistungen, die für
669 unsere Existenz von zentraler Bedeutung sind. Der Wald filtert unser
670 Trinkwasser, ist riesiger Kohlenstoffspeicher und dient als Erholungsort. Damit
671 der Druck des Menschen auf den Wald nicht zu groß wird, ist die Renaturierung
672 naturbelassener Wälder durch Prozessschutzgebiete, die Förderung
673 zusammenhängender Schutzgebiete und der Ankauf ökologisch relevanter Flächen
674 besonders wichtig. Ein widerstandsfähiger Wald ist uns ein wichtiger Verbündeter
675 im Kampf gegen die Klimakrise und den Artenverlust.

676 Mobilitätswende: Wir sind auf dem Weg zu sauberer Mobilität
677 für alle

678 Wir wollen, dass die Mobilität auch in den ländlichen Räumen nicht vom eigenen
679 Auto abhängig ist. Die Mobilitätsgarantie, die von früh bis spät in kleinen
680 Orten mindestens einen Stundentakt, mittelfristig einen Halbstundentakt
681 vorsieht, ist unser klares Ziel für Baden-Württemberg. Eine Mobilitätsgarantie
682 lässt sich allerdings nicht ohne Investitionen und Folgekosten umsetzen. Mit dem
683 Mobilitätspass wollen wir den Kommunen daher die Möglichkeit bieten, zusätzliche
684 Mittel für den massiven Ausbau des ÖPNV zu generieren und Anreize zu setzen, die
685 Straßen in den Städten und Gemeinden vom Autoverkehr zu entlasten. Dabei sind
686 mehrere Varianten denkbar: Ein Mobilitätspass für Einwohner*innen
687 („Bürgerticket“), für Kfz-Halter*innen („Nahverkehrsabgabe“) sowie für Kfz-

688 Nutzer*innen („Straßennutzungsgebühr“) oder eine Arbeitgeber*innenabgabe. Die
689 Höhe der Abgabe kann lokal auch in Abhängigkeit von der Qualität des ÖPNV-
690 Angebots gestaffelt werden.

691 Mit dem Erfolgsprojekt der Regiobuslinien, bei dem Unterzentren und die Orte
692 dazwischen untereinander und an das Schienennetz angebunden werden, haben wir
693 einen guten Anfang gemacht. Diese Angebote werden nun schrittweise ausgebaut.

694

695 Bundesweit sind wir auch Vorreiter bei der Reaktivierung stillgelegter
696 Bahnstrecken, mit denen wir die Bahn wieder in die Fläche und die ländlichen
697 Räume bringen. An bestehenden Bahnstrecken werden zusätzliche Haltepunkte
698 errichtet, eine Vielzahl weiterer Haltepunkte ist derzeit in Prüfung. Ergänzen
699 wollen wir diese Angebote durch bedarfsabhängig gesteuerte On-Demand-Verkehre
700 wie (klimaschonende) Rufbusse und -autos. Die von den Landkreisen regelmäßig zu
701 überarbeitenden Nahverkehrspläne sollten unter stärkerer
702 Öffentlichkeitsbeteiligung und unter Beratung von Mobilitätsfachleuten
703 qualitativ weiterentwickelt werden. Dabei müssen zunehmend auch die Angebote
704 über Landkreisgrenzen hinaus verbessert werden. Zusammenschlüsse der
705 verschiedenen Verkehrsverbände wollen wir fördern.

706 Zu einem guten ÖPNV-Angebot gehören auch attraktive Tarife für alle, wie der bw-
707 Tarif und das „1-2-3 Ticket“. Mit dem Jugendticket ermöglichen wir jungen
708 Menschen die Fahrt im ÖPNV durch das ganze Land für 1 Euro am Tag.

709 Das sichere Radfahren ist für uns als Grüne keine Angelegenheit nur für die
710 Städte. Das Fahrrad, ob mit oder ohne elektrische Unterstützung, bietet sich
711 vielfach auch auf dem Land an, um beispielsweise zur Arbeit oder zum Einkaufen
712 zu fahren. Dafür braucht es aber attraktive und sichere Radverkehrs-
713 Verbindungen, die – auch zur Stärkung des Radtourismus – gut ausgeschildert sein
714 müssen. Aus dem Umland sollten vermehrt Radschnellwege in die Ballungsräume
715 gebaut werden. Einige davon befinden sich bereits in der Umsetzung. Zwischen den
716 Orten wollen wir die Fußwege- und Wanderwege ausbauen. Auch entlang von
717 Ortsverbindungsstraßen brauchen wir Radwege, um die Autoverkehr zwischen den
718 Orten der ländlichen Räume zu reduzieren und für Radfahrer*innen sichere
719 Alternativen für kurze Fahrten zu schaffen. Die Wege innerhalb oder zwischen
720 naheliegenden Orten könnten häufiger zu Fuß zurückgelegt werden. Wir wollen auch
721 diese Wege, ebenso die Wanderwege, auf Basis von Fußweg-Konzepten, ausbauen.

722 Um Bus, Bahn und Fahrten mit Leih-Autos und -Fahrrädern enger zusammen zu
723 denken, wollen wir mit einer mindestens landesweit einheitlichen App alle
724 Mobilitätsdienstleistungen planbar, buchbar und nach dem Bestpreisprinzip
725 bezahlbar machen. An den Haltestellen des ÖPNV werden diese Verkehrsmittel zu
726 Mobilitätszentralen vernetzt. Um die Vernetzung unterschiedlicher
727 Verkehrsangebote zu verbessern, halten wir die Möglichkeit zur Fahrradmitnahme
728 bei allen Regiobuslinien für dringend erforderlich. Das ermöglicht nicht nur
729 Jugendlichen mehr eigenständige Mobilität ohne "Elterntaxi" bzw. ohne Auto.

730

731 Auf der Ebene der Landkreise sollen Koordinatorinnen und Koordinatoren für
732 Mobilität und Klimaschutz zur Unterstützung der kreisangehörigen Gemeinden beim
733 Ausbau der nachhaltigen Mobilität eingesetzt werden. Wir wollen auch in den
734 ländlichen Räumen eine Verkehrsplanung, die allen Menschen gerecht wird. Damit
735 auch Senior*innen und Menschen mit Behinderungen den öffentlichen Verkehr nutzen
736 können, wollen wir dessen Barrierefreiheit stärker ausbauen. Ein besonderes

737 Augenmerk beim Ausbau des Nahverkehrs muss auf den Bedürfnissen von Frauen
738 liegen.

739 Da viele von uns selbst in kleinen Orten unseres Landes wohnen, wissen wir, dass
740 gerade hier auch in Zukunft nicht immer aufs Auto verzichtet werden kann.
741 Hierfür wollen wir das gemeinschaftliche Nutzen von Fahrzeugen fördern. Dies
742 gelingt, indem wir bestehende Modelle wie das Teilen kommunaler Dienstwagen
743 außerhalb der üblichen Geschäftszeiten und das private Carsharing stärken.
744 Gerade in ländlichen Räumen, wo das Auto häufig genutzt wird, gilt es, die
745 Potentiale der Elektromobilität zu nutzen. Somit können die Menschen schnell von
746 Lärm und Abgasen befreit und klimaschädliche Emissionen gemindert werden.
747 Hierfür müssen wir unsere Ladeinfrastruktur im ganzen Land weiter verbessern,
748 vor allem dort, wo es ohne Mitfinanzierung aus Steuermitteln nicht möglich ist.
749 Mit unserem Ladenetz haben wir hierfür erfolgreich den Grundstein gelegt. In
750 einem weiteren Schritt wollen wir, dass in Siedlungs- und Gewerbegebieten
751 zukünftig mindestens eine Ladesäule fußläufig erreichbar ist. Eine
752 Schnelllademöglichkeit soll in maximal fünf Kilometern Entfernung zur Verfügung
753 stehen. Auf immer mehr Dächern im Lande leisten Photovoltaikanlagen einen
754 Beitrag zur Energiewende. Diese Potenziale wollen wir noch intensiver nutzen, um
755 Elektroautos mit erneuerbar erzeugtem Strom versorgen zu können, und eine
756 innovative Verknüpfung von Energiewende und Antriebswende im Verkehr zu bieten.

757 Wertvoll, knapp und voller Chancen: Unsere Fläche

758 Die Vielfalt der ländlichen Räume ist ein großer Schatz. Augenfällig ist die
759 Vielfalt der Landschaften. Aber auch Siedlungsformen sind in den ländlichen
760 Räumen vielfältig: Vom kleinen Weiler bis zur kompakten und traditionsreichen
761 Mittelstadt ist alles dabei. Diese Vielfalt ist ein Kulturgut, das uns prägt.
762 Sie braucht unzerschnittene Freiräume und unversiegelte Flächen, die
763 entscheidend Klimaschutz und der Erhalt der Biodiversität als die großen
764 Aufgaben beitragen. Nicht zuletzt bringt die Klimakrise und gleichzeitig
765 fortschreitende Versiegelung unsere Bürger*innen in große Gefahr, wie die
766 Hochwasser-Katastrophen 2021 in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen
767 dramatisch gezeigt haben. Darum müssen wir Flächen effizienter und mit mehr
768 Bedacht nutzen. Die Diskussion darüber, wie wir vom Flächenverbrauch wegkommen
769 können, treibt besonders die Bürger*innen in den ländlichen Räumen um – denn
770 gerade sie erleben, welchen Unterschied es macht, wenn vor Ort schonend oder in
771 großem Tempo verbrauchend mit der Fläche umgegangen wird.

772 Im Koalitionsvertrag 2021 von Baden-Württemberg ist eine Reduzierung des
773 anhaltenden Flächenverbrauchs auf 2,5 ha/Tag festgeschrieben, Ziel ist der
774 Netto-Nullverbrauch bis 2035. Wir wissen, dass dieses Ziel ehrgeizig ist und
775 setzen unsere Kraft und unsere Ideen ein, um es zu erreichen. Einem „Weiter so“
776 bei der Flächenversiegelung werden wir entgegenwirken. Ein Instrument hierfür
777 wird der neue Landesentwicklungsplan sein. Wir Grünen wissen um die starke,
778 verfassungsmäßig garantierte, kommunale Selbstverwaltung. Mit Verweis auf die im
779 zukünftigen, 2021 begonnenen Landesentwicklungsplan getroffenen Festlegungen zu
780 Flächenverbrauch und Entsiegelung wird die Landesregierung den Kommunen und
781 Kreisen gezielte Empfehlungen (Leitfaden“) geben, wie der Flächenverbrauch
782 drastisch reduziert werden kann. Dieser Leitfaden muss die zukünftige Situation
783 ohne Versiegelung neuer Flächen quasi vorausnehmen. Die Förderinstrumente
784 insgesamt, aber auch die für den Ländlichen Raum, müssen angepasst werden, um

785 die Kommunen auf dem Weg zur „Netto-Null“ zielgenau zu unterstützen.

786

787 Dabei ist Bündnis 90/Die Grünen sehr bewusst, dass auch in Zukunft neue Flächen
788 zur Bebauung ausgewiesen werden müssen– verbunden mit Kompensationen wie die
789 Entsiegelung nicht gebrauchter Fläche. Es ist klar, dass wir auch für unsere
790 Klimaschutzziele auf dem Weg Fläche brauchen: Wir stehen zum Flächenziel des
791 Landes und des Bundes für den Ausbau der Erneuerbaren Stromproduktion.

792 Es gibt einen enormen Bedarf nach Wohnraum. Deshalb fördert das Land die
793 Erweiterung der vorhandenen Nutzungspotentiale ohne zusätzliche Inanspruchnahme
794 von Bodenflächen, den Ausbau von Dachgeschossen, die Aufstockung von Gebäuden
795 sowie die Nachverdichtung. Im ländlichen Raum ist das Einfamilienhaus die oft
796 vorherrschende Wohnform. Auch hier muss stärker auf verdichtendes Bauen gesetzt
797 werden. Flächenzertifikate müssen ein zentrales Instrument für weniger
798 Flächenverbrauch werden. Auch der Verbrauch von Verkehrsflächen muss zukünftig
799 in den Fokus genommen werden.

800 Um Flächen zu sparen, fördern wir Innenentwicklung und Flächenrecycling. Wir
801 unterstützen das Förderprogramm des Landes „Flächen gewinnen durch
802 Innenentwicklung“. Wichtig auch hier: Innenentwicklung geht vor.
803 Innenentwicklung, das Bauen im Bestand (Sanierung oder Neubau) muss für
804 Bauherren und Kommunen zu einer kostenneutralen Alternative werden. Es muss
805 weitere Förderung geben, um Mehraufwand für Planung, längere Vorfinanzierung und
806 ggf. Abriss oder Zukauf von Flächen zur Arrondierung der Baugrundstücke gezielt
807 zu fördern. Die Kommunen sind gehalten, sich an der Förderung zu beteiligen. Das
808 soll ggf. auch eine Kostenübernahme ermöglichen können. So wird Innenentwicklung
809 zu einer kostenneutralen Alternative werden.

810

811 Zudem befürworten wir die Grundsteuer C, um gezielt baureife oder ungenutzte
812 Grundstücke mobilisieren zu können, und unterstützen dabei unsere
813 Gemeinderätinnen in der Diskussion vor Ort. Die teilweise schädlichen
814 Subventionen auf Bundesebene, die die Außenentwicklung begünstigen, wollen wir
815 abbauen. Dazu gehören vor allem der §13b des Baugesetzbuches im Bund, der ein
816 beschleunigtes Verfahren ohne Umweltprüfung und Ausgleichsfläche für
817 Wohnbebauung im Außenbereich vorsieht. Gerade für kleine Ortschaften mit wenigen
818 hundert Einwohner*innen ist 1ha, der durch §13b ermöglicht wird, eine enorm
819 große Fläche.

820 Überdimensionierte Verkehrsanlagen und nicht mehr benötigte Infrastruktur wollen
821 wir umnutzen, rückbauen und entsiegeln, sodass Flächen für mehr ökologische und
822 Aufenthaltsqualität umgenutzt werden können. Wir Grüne beteiligen uns an der
823 notwendigen Öffentlichkeitsarbeit, um die Menschen für die Nachteile und Risiken
824 des Flächenverbrauchs und Versiegelung zu sensibilisieren sowie die
825 Möglichkeiten und Chancen des Flächensparens aufzeigen.

826

827 Auch künftig wird die zukunftsfeste Entwicklung unsere ländlichen Räume und
828 ihrer Vielfalt eine zentrale Leitplanke unserer Politik sein - denn sie sind ein
829 großer Schatz für Baden-Württemberg.